

Geschäftszahlen:
BMJ: 2026-0.485.699
BMI: 2026-0.506.410

62/4.2

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

Tagung des Rates für Justiz und Inneres am 4. und 5. Juni 2026 in Luxemburg

Am 4. und 5. Juni 2026 fand in Luxemburg der Rat für Justiz und Inneres der Europäischen Union statt. Für Österreich nahmen die Bundesministerin für Justiz, Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer, und der Bundesminister für Inneres, Mag. Gerhard Karner, teil.

Zu den Tagesordnungspunkten wird wie folgt berichtet:

Tagung des Rates „Inneres“

- Umsetzung des Migrations- und Asylpakets

Der Vorsitz informierte einleitend, dass die Verhandlungen zur Rückkehr-Verordnung am 1. Juni 2026 erfolgreich abgeschlossen wurden und eine politische Einigung erzielt wurde. Durch diese Einigung werde der Asyl- und Migrationspakt nun vervollständigt. Der Pakt bilde eine solide Grundlage für ein stärkeres, koordinierteres europäisches Asylsystem. Es bedürfe fortan weiterer Anstrengungen aller Akteure, um zu zeigen, dass der Pakt funktioniere und einen Mehrwert liefere.

Die Europäische Kommission informierte anhand des dritten Fortschrittsberichts zum Stand der Umsetzung und verwies auf die informelle Ministerkonferenz zum Pakt am 12. Juni 2026 in Zypern. Die Umsetzung des Pakts sei in Teilbereichen herausfordernd gewesen, aber die Europäische Kommission sei davon überzeugt, dass der Kern des Pakts fristgerecht mit 12. Juni 2026 einsatzbereit sei. Die Vorteile der einheitlichen und koordinierten Maßnahmen seien bereits bemerkbar; illegale Grenzübertritte seien auf allen Routen rückläufig. Die Europäische Kommission fasste zusammen, dass es darum gehe, die Außengrenzen zu stärken, faire und klare Regeln für Asyl zu schaffen und auch das Gleichgewicht zwischen Solidarität und Verantwortung zu erreichen. In den letzten zwei Jahren seien beträchtliche Fortschritte erzielt worden.

- Migrationslage am Ärmelkanal und an der Nordsee

Der Vorsitz und die Europäische Kommission stellten einleitend die Migrationslage vor, welche eine Herausforderung für die gesamte Union berge. Die Europäische Kommission werde in Kürze einen Aktionsplan für den Ärmelkanal vorlegen, der drei zentrale Säulen umfasse:

- 1) Stärkung der Migrationsdiplomatie
- 2) Zerschlagung von Schleppernetzwerken
- 3) Stärkung des Grenzmanagements und der operativen Zusammenarbeit.

Die Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich zum Informationsaustausch und zur operativen Zusammenarbeit sei darüber hinaus äußerst wichtig. Die beiden EU-Agenturen Frontex und Europol schlossen sich den Darstellungen an.

- Externe Dimension der Migration

Der Vorsitz verwies einleitend auf die aktuelle Migrationslage im Zusammenhang mit Somalia. Illegale Grenzübertritte von somalischen Staatsangehörigen seien um 69 % gestiegen; rund 50% der somalischen Asylantragstellenden erhielten internationalen Schutz. Diese Entwicklungen seien besorgniserregend, da die Zusammenarbeit im Rückkehr- und Rückübernahmebereich weiterhin schlecht sei. Die Rückkehrquote liege zwischen 3 und 5 % und somit auf dem niedrigsten Wert aller bewerteten Länder. Daher sei die Europäische Kommission der Meinung, dass man von allen möglichen Hebeln Gebrauch machen müsse, um diese Rückkehrquote zu erhöhen. Es sei an der Zeit zu handeln.

Österreich erklärte, dass der Visahebel einen entscheidenden Sanktionsmechanismus darstelle. Die Außen- und Wirtschaftsministerinnen und -Minister sollten ebenfalls miteinbezogen und alle Hebel für funktionierende Kooperation bei Rückführungen genützt werden. Österreich verzeichnete im letzten Jahr zwar bereits erste Abschiebungen nach Somalia, auch sei gegenüber Österreich Kooperationsbereitschaft signalisiert worden, man werde aber den Vorschlag betreffend Somalia unterstützen, da weitere konkrete Fortschritte in der Kooperation bei Abschiebungen erzielt werden müssen.

- Schlussfolgerungen zur gemeinsamen Operationalisierung der EU-Drogenstrategie

Es erfolgte die Annahme der Schlussfolgerungen zur gemeinsamen Operationalisierung der EU-Drogenstrategie. Der Vorsitz informierte, dass sich die Staats- und Regierungschefs

beim Europäischen Rat am 18./19. Juni 2026 mit dem Thema Kampf gegen Drogen befassen werden und gegebenenfalls Leitlinien zur Umsetzung der vorgegebenen Maßnahmen verabschiedet werden sollen.

- Die Auswirkungen des derzeitigen geopolitischen Umfelds auf die innere Sicherheit der EU

Es wurde zunächst aus nachrichtendienstlicher Sicht über den Sachstand bei der Bewältigung sicherheitspolitischer Herausforderungen und den Umgang mit aktuellen Bedrohungen auf nachrichtendienstlicher Ebene berichtet. Anschließend wurde die Rolle der EU bzw. ihrer Agenturen besprochen, um auf die aktuellen Herausforderungen der geopolitischen Lage im Mittleren Osten, insbesondere die Destabilisierung durch den Krieg im Iran, zu reagieren. Dabei wurde Augenmerk auf die Prävention bzw. rasche Reaktion auf eine mögliche Migrationskrise oder Sicherheitsbedrohung durch Terrorismus gelegt.

- Bewältigung der sicherheitspolitischen Herausforderungen: allgemeine Sicherheitslage

Die Europäische Kommission stellte einleitend bereichsübergreifende Sicherheitstrends vor. Die EU-Strategie für die Innere Sicherheit, ProtectEU, diene als Grundlage und Fahrplan für Gegenmaßnahmen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit in der EU. Ziel der Strategie sei es, Prioritäten angesichts der unterschiedlichen Bedrohungsfelder zu identifizieren. Die Europäische Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst verwiesen auf die veränderte Bedrohungslage aufgrund der geopolitischen Herausforderungen und unterstrichen die Notwendigkeit einer engen Abstimmung und Verflechtung der inneren Sicherheit mit der externen Dimension.

Der Europäische Auswärtige Dienst unterrichtete über die Zielsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie als ganzheitlichen, strategischen und politischen Rahmen, der sicherheitspolitische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte beinhalten solle.

Die Europäische Kommission unterstrich die Notwendigkeit, die innere Sicherheit in allen Politikbereichen zu berücksichtigen, weshalb Prioritäten der inneren Sicherheit nun erstmals in die Europäische Sicherheitsstrategie einfließen sollten. Die Europäische Kommission hob drei Schwerpunkte hervor:

- 1) EU-Außengrenzschutz,
- 2) Vertretung von Sicherheitsinteressen in der EU-Diplomatie,
- 3) europäische Souveränität und Autonomie.

Der Vorsitz verwies auf bestehende Herausforderungen wie hybride Bedrohungen (Cyberangriffe, Sabotage, Instrumentalisierung von Migration und Desinformationskampagnen), organisierte Kriminalität und Terrorismus.

Die Mitgliedstaaten drückten Unterstützung für die identifizierten Prioritäten aus und befürworteten eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen der inneren und äußeren Sicherheitsdimension. Die Interessen des Sicherheitsbereichs sollten in allen Politikfeldern berücksichtigt werden.

- Allgemeine Lage des Schengen-Raums

a) Schengen-Statusbericht 2026 der Europäischen Kommission

b) Vorrangige Maßnahmen für den Zyklus des Schengen-Rates 2026-2027

Die Europäische Kommission verwies auf den 5. Schengen-Bericht. Die zentrale Botschaft sei, dass Schengen funktioniere, illegale Einreisen seien auf allen Migrationsrouten zurückgegangen. Prioritäten des kommenden Schengen-Zyklus seien die Stärkung der externen Dimension der Migration sowie visafreie Einreise. Die erste Visastrategie sei unlängst vorgelegt worden und der Visakodex werde bald überarbeitet. Zudem brauche es Verbesserungen bezüglich Rückkehr, am 1. Juni sei im Trilog eine Einigung bei der Rückkehr-Verordnung erzielt worden. Im Herbst werde zudem ein neues Mandat für Frontex sowie ein Vorschlag zur Digitalisierung von Rückkehrverfahren vorgelegt werden. Vor dem Sommer werde außerdem ein starkes Mandat für Europol vorgeschlagen werden.

Der Vorsitz dankte der Europäischen Kommission für die klaren Prioritäten und Instrumente im operativen Bereich. Der Vorsitz betonte den Willen Zyperns zum Beitritt zum Schengen-Raum, Zypern setze den Besitzstand um.

Österreich lobte die Fortschritte von Rumänien und Bulgarien, deren Anstrengungen führten zu weniger illegalen Aufgriffen und mehr Abschiebungen. Österreich gratulierte dem Vorsitz und der Europäischen Kommission zum erfolgreichen Abschluss der Rückkehr-Verordnung, diese werde das Rückführungssystem verbessern. Durch die Registrierungen im Einreise-/Ausreisesystem würden weitere Verbesserungen erzielt, hinsichtlich der Zurückweisungen und Erkennung von Personen, die nach Ablauf ihres Visums in der EU bleiben sowie zur Identifizierung von Personen, die eine Gefahr für öffentliche Ordnung und Sicherheit darstellen. Die Maßnahmen für den Schengen-Zyklus 2026-2027 werden

begrüßt. Nur 6 von 10 Schengen-Visa werden an den Außengrenzen geprüft, hier gebe es Verbesserungspotential. Der Fokus liege auf einem funktionierenden EU-Außengrenzschutz sowie auf Digitalisierung, Rückkehr und Vernetzung. Zu den Binnengrenzkontrollen führte Österreich aus, dass es unterschiedliche Möglichkeiten gebe, diese durchzuführen. Österreich habe den Grenzschutz weiterentwickelt und von Grenzpunkt- auf Grenzraumkontrollen umgestellt.

- Verwirklichung der Interoperabilität

Der Vorsitz informierte, dass es bereits einen neuen Fahrplan bis 2030 gebe. Die Einführung des Einreise-/Ausreise-Systems sei ein wichtiger Meilenstein gewesen. Angesichts der anstehenden Touristensaison müsse der Zeitplan für die Verwirklichung der Interoperabilität berücksichtigt werden, es gebe Herausforderungen bei der Einführung einiger Informationssysteme. Die Europäische Kommission führte aus, dass bisher 88 Mio. Ein- und Ausreisevorgänge festgestellt wurden, mit 38.000 Einreiseverweigerungen und 1.000 Einreiseverboten. Für die Reisezeit könnte zwischenzeitlich die Erfassung biometrischer Daten ausgesetzt werden, diese Möglichkeit sei bis Anfang September gegeben und helfe, die Sommersaison zu bewältigen. Beim Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystem hätten einige Mitgliedstaaten Probleme bei den Probelaufen. Da dadurch die Inbetriebnahme im 4. Quartal 2026 gefährdet werden könne, bat die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten um weitere Arbeiten zur Umsetzung der Interoperabilität.

- Sonstiges

Der Vorsitz informierte, dass die Verhandlungen zur Rückkehr-Verordnung zum Abschluss gebracht wurden.

Finnland informierte über das Treffen der Europäischen Koalition für Zivilschutz und Resilienz, das am 16. Mai 2026 stattgefunden hat. Mithilfe der Niederlande wurden dabei wesentliche Arbeiten eingeleitet, die nun zusammen fortgesetzt werden.

Kroatien informierte über die Ergebnisse des MED9-Ministertreffens. Bei dem Treffen wurden die Auswirkungen der geopolitischen Lage auf die Sicherheit und Migrationsströme im Mittelmeerraum und die Auswirkungen der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels auf die Häfen behandelt.

Irland präsentierte das Arbeitsprogramm des irischen Vorsitzes im 2. Halbjahr 2026 für den Bereich Inneres.

Tagung des Rates „Justiz“

- Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die grenzüberschreitende Begründung und Anerkennung von Elternschaft

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache zum weiteren Vorgehen anhand von zwei Fragen des Vorsitzes. Eine große Mehrheit der Mitgliedstaaten identifizierte dabei neben anderen Elementen nach wie vor die Thematik der Leihmutterschaft als schwierigen Punkt. Auch Österreich betonte, dass in erster Linie die Thematik der Leihmutterschaft aufgrund des Verbots in Österreich heikel sei. Die Verordnung sollte daher die Möglichkeit eröffnen, von der Anwendung fremden Rechts, das die Leihmutterschaft vorsieht, absehen zu können. Österreich begrüßte die derzeit vorgesehenen drei alternativen Lösungsansätze für die Problematik der Anerkennung der Elternschaft aus einer Leihmutterschaft. Fast alle Mitgliedstaaten sprachen sich für eine Fortführung der Arbeiten auf technischer Ebene aus (so auch Österreich). Für den Fall, dass kein Konsens erzielt werden kann, stellten einige Mitgliedstaaten die Möglichkeit einer verstärkten Zusammenarbeit in den Raum, wofür aber ein entsprechend konsolidierter Text vorliegen muss. Der Vorsitz kündigte die Fortsetzung der Arbeiten unter Berücksichtigung der genannten Prioritäten und die baldige Vorlage eines neuen Kompromisstextes an.

- Verordnung zur Einrichtung des Programms „Justiz“ für den Zeitraum 2028-2034 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2021/693

Der Rat billigte die Annahme einer teilweisen Allgemeinen Ausrichtung.

- Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge

Der Vorsitz und die Europäische Kommission informierten anhand eines Überblicksdokuments kurz über den Stand der Verhandlungen über die aktuellen Legislativvorschläge im Justizbereich.

- Europäische Staatsanwaltschaft

Der Vorsitz, die Europäische Kommission und die Europäische Generalstaatsanwältin unterstrichen die Bedeutung der Tätigkeit der EUSTa. Die Europäische Kommission stellte

den Evaluierungsbericht für Juli 2026 samt anschließender allfälliger Revision der Verordnung in Aussicht. Ungarn gab bekannt, der EUSTa beitreten zu werden, auch Irland nahm für das Folgejahr in Aussicht, ein Opt-In in Anspruch nehmen zu wollen.

- Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine: Bekämpfung der Straflosigkeit

Der Vorsitz, die Europäische Kommission und Eurojust berichteten über den Sachstand und die aktuellen Entwicklungen insbesondere auch im Zusammenhang mit der Einrichtung des Sondergerichtshofs und der Einrichtung der Kommission für Entschädigungsansprüche, und unterstrichen wie auch neuerlich mehrere Mitgliedstaaten die Bedeutung der Unterstützung für die Ukraine.

- Sonstiges

a) Die Europäische Kommission präsentierte das EU-Justizbarometer 2026.

b) Die Europäische Kommission präsentierte ihre Pläne für den Abschluss neuer Vereinbarungen mit Drittstaaten über die Zusammenarbeit mit Eurojust.

c) Außerdem stellte der künftige irische Ratsvorsitz die Pläne und Prioritäten für seine Präsidentschaft vor.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

11. September 2026

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer
Bundesministerin